

17.09.2014 – 15:19 Uhr

## ikr: Politische Konferenz zur Makroregionalen Strategie für den Alpenraum

Vaduz (ots/ikr) -

Auf Einladung des österreichischen Bundesministers für Europa, Integration und Äusseres, Sebastian Kurz, nahm Regierungsrätin Aurelia Frick am 17. September an einer politischen Konferenz über die weiteren Schritte in der Ausarbeitung einer europäischen makroregionalen Strategie für den Alpenraum (EUSALP) teil.

An der Konferenz bekräftigte Regierungsrätin Aurelia Frick den Willen Liechtensteins, an der Gestaltung der EUSALP mitzuwirken. Sie zeigte sich davon überzeugt, dass diese einen Mehrwert bieten kann, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Verkehr und Umwelt. Dabei betonte sie auch, dass die EUSALP möglichst konkret ausgestaltet werden muss, wobei die Bedürfnisse der Regionen und der Zivilgesellschaft besonders zu berücksichtigen sind.

Im Oktober 2013 verabschiedeten die sieben europäischen Alpenstaaten Liechtenstein, Schweiz, Frankreich, Italien, Österreich, Deutschland und Slowenien in Grenoble/FR eine politische Erklärung zur Ausarbeitung einer makroregionalen Strategie für den Alpenraum. In der EU sind makroregionale Strategien ein Instrument, um in einer bestimmten geographischen Region - die sich aus Mitgliedsstaaten und Drittländern zusammensetzt - gemeinsam Herausforderungen anzugehen. Diese Strategien tragen zum wirtschaftlichen, territorialen und sozialen Zusammenhalt bei.

Der Alpenraum ist eine bedeutende Region Europas und spielt nicht nur wirtschaftlich gesehen eine zentrale Rolle. Auch in Bezug auf Natur und Kultur ist der Alpenraum einzigartig. Die Globalisierung, der demographische Wandel, aber auch der Klimawandel stellen für den gesamten Alpenraum gemeinsame Herausforderungen dar. Eine makroregionale Strategie erlaubt es, übergeordnete Prioritäten und Aktionsfelder zu definieren. Diese können zur verstärkten Kooperation im Alpenraum beitragen, damit Herausforderungen koordiniert angegangen werden können.

In den vergangenen Monaten wurde ein Entwurf für die künftige EUSALP erarbeitet, welcher sich derzeit in der öffentlichen Konsultation befindet (<http://www.alpine-region.eu>). Betroffene Institutionen sowie Personen können sich über diese Website zur EUSALP informieren sowie ihre Meinung zum Entwurf äussern. Der Zeitplan sieht vor, dass die EUSALP bis im Herbst 2015 beschlossen werden soll.

Kontakt:

Amt für Auswärtige Angelegenheiten  
Panagiotis Potolidis-Beck  
T +423 236 60 51

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100761560> abgerufen werden.